

## Zur Wahlkampagne in Rußland 1999/2000: II: Die Auseinandersetzung zwischen Oleg Deripaska und Lew Tschernoj

Knabe, Bernd

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Knabe, B. (1999). *Zur Wahlkampagne in Rußland 1999/2000: II: Die Auseinandersetzung zwischen Oleg Deripaska und Lew Tschernoj*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 37/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48123>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



## Aktuelle Analysen

Nr. 37/1999

8. September 1999

### **Zur Wahlkampagne in Rußland 1999/2000**

#### **II: Die Auseinandersetzung zwischen Oleg Deripaska und Lew Tschernoj**

##### **Zusammenfassung**

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen in Rußland muß sich der auswärtige Beobachter auch für die programmatischen Konzeptionen von Persönlichkeiten interessieren, die einen Ausweg aus der Systemkrise Rußlands zeigen wollen und die über materielle Voraussetzungen verfügen, um erforderliche Weichenstellungen vornehmen zu können. Zu diesem Personenkreis gehört der Unternehmer O. Deripaska. Für ihn ist ein konsequenter Neoliberalismus Voraussetzung eines prosperierenden Rußlands. Allerdings sei es Aufgabe des Staates, in einer ersten, maximal ein Jahr dauernden Phase die Bedingungen für eine solche Entwicklung zu schaffen. Dazu gehören ein effizientes Rechtssystem, das der organisierten Kriminalität und der Korruption nachhaltig Einhalt bieten könne, und die Schaffung der Voraussetzungen für die freie Wahl von Wohnort und Arbeitsplatz. Um die realen Voraussetzungen einer ausreichend starken Koalition von Unternehmern, Politikern und Vertretern der Machtorgane, die diesen Weg durchsetzen könnte, ist es nicht gut bestellt. Der außerordentlich scharfe Ton in den Auseinandersetzungen zwischen Tschernoj und Deripaska und insbesondere die Behauptung Tschernojs, Deripaskas Programm laufe auf Landesverrat hinaus, lassen eine weitere Verhärtung der innenpolitischen Fronten befürchten. Das Ausland wird sich darauf einstellen müssen, daß das Kreml-Geschehen in den nächsten Jahren stärker von den Vorstellungen eines L. Tschernoj bestimmt werden wird.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die nächste Präsidentschaftswahl das "liberal-demokratische" Jelzin-Regime beenden und danach eine neue Entwicklungsetappe Rußlands beginnen wird. Bisher ist nicht abzusehen, wie dieser Systemwechsel erfolgen wird und welche neuen Paradigmen zum Tragen kommen werden. Da die Bereitstellung finanzieller Mittel und die Unterstützung durch Medien entscheidende Faktoren der Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen politischen Lagern sind, muß man sich mit Entwürfen eines künftigen politischen Systems Rußlands aus der Feder kapitalstarker Unternehmer befassen. Zu diesem Personenkreis gehört O. Deripaska. Er hat ab 1992 zunächst mit der britisch-russischen Holding TWG zusammengearbeitet und war 1994 zum Generaldirektor des Sajaner Aluminiumkombinats (Sajanogorsk) bestellt worden. Damals unterstützte er die Wahl des Lebed-Bruders Alexej zum Gouverneur von Chakassien. 1996 gründete er – in deutlicher Frontstellung gegen die TWG – die Unternehmensgruppe "Sibirisches Aluminium"

und im Jahr darauf den Konzern "Verband Metall-Ressource"; er sorgte – auf dem Weg von Aktienemissionen – dafür, daß die TWG zunehmend aus sibirischen Großbetrieben verdrängt wurde. Deripaskas Konzern ging mehrere strategische Verbindungen mit Betrieben in anderen GUS-Staaten ein. Ab 1998 erwarb die Gruppe "Sibirisches Aluminium" mehrere branchennahe Betriebe in Samara. Im gleichen Jahr unterstützte er die Wahl von General Lebed zum Gouverneur des Gebiets Krasnojarsk. Mitte 1999 erreichte er die Zustimmung von A. Tschubajts (Direktor der AG "Einheitliches Energiesystem" Rußland) zur Vereinigung des Sajaner Aluminiumkombinats mit dem Sajan-Schuschensker Wasserkraftwerk am Jenissej, wodurch der ökonomische und politische Einfluß Deripaskas weiter zugenommen haben dürfte.<sup>1</sup>

### Das Programm von O. Deripaska

Mit einem Artikel, der Anfang Juni 1999 im "Kommersant" unter der Überschrift "Die Diktatur der Ökonomie" erschien, wollte O. Deripaska seine "Konzeption des Systems ökonomischer und politischer Maßnahmen" zur Überwindung der Krise in Rußland vorstellen.<sup>2</sup> Die besorgniserregende Lage Rußlands erfordere eine "Vorwärtsstrategie", insbesondere eine "radikale Wirtschaftsreform – dabei seien Überlegungen hinsichtlich eines notwendigen "Zentralismus" oder eines "Sonderwegs Rußlands" keine Hilfe. Von den drei Modellen für den Aufbau einer modernen Marktwirtschaft – Neoliberalismus, Priorität des "starken Staates", Neokorporatismus – komme für Rußland nur das erste in Frage, nur so könne eine rasche Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreicht werden. Um diesen Weg einschlagen zu können, müßte der Staat in einer maximal ein Jahr dauernden ersten Etappe die Voraussetzungen dafür schaffen. Als erstes wichtiges Ziel nennt Deripaska die Schaffung eines freien Arbeitskräftemarktes, der ein effizientes System der Umschulung und Qualifizierung der Beschäftigten sowie ihre territoriale Mobilität voraussetze – bislang könne von einer freien Wahl des Wohnortes und des Arbeitsplatzes nicht gesprochen werden. Unmittelbar damit hänge das konsequente Vorgehen gegen Kriminelle und die verbreitete Korruption zusammen – diese Personenkreise seien gegen "freie Arbeit" und "freies Unternehmertum" eingestellt. Maßnahmen gegen die organisierte Kriminalität scheiterten in der Regel an der außerordentlich schwachen Position der Gerichte und allgemein wegen der deformierten Beziehungen zwischen Rechtswesen und anderen Machtorganen.

Als Ausweg aus dieser verfahrenen Situation schlägt Deripaska die Gründung eines "Sonderdienstes" in der Zuständigkeit des Justizministeriums vor, der das Agieren von Gerichten und Richtern überwachen solle. Entgegen der in der Bevölkerung verbreiteten Vorstellung, daß der kriminelle Einfluß in der Wirtschaft hingenommen werden müsse, hätten die Razzien der Rechtsschutzorgane in Noworossijsk und im Gebiet Krasnojarsk zu durchaus positiven Ergebnissen geführt. Auf diese Weise solle landesweit vorgegangen werden; die laufenden Untersuchungen gegen Gruppen der organisierten Kriminalität sollten zum Abschluß gebracht und die den Organen bekannten kriminellen Strukturen liquidiert werden. Da der Staat bislang in erster Linie die Interessen der Beamtenschaft und die korporativen Interessen der Behörden verteidige, sollten weitere Aufgaben des erwähnten "Sonderdienstes" sein: die Verteidigung der Grundlagen des Staates sowie der Rechte juristischer Personen und von Staatsbürgern, schließlich die Überprüfung der Eignung von Kandidaten für wichtige Posten im Staatsapparat.

Betrage der Umfang der Staatsausgaben gegenwärtig etwas über 40% des BIP, so solle eine Reduzierung auf höchstens 25% angestrebt werden. Die Konkurrenz zwischen Betrieben müsse gefördert, daraus resultierende Bankrotte in geregelter Form abgewickelt werden. Die "natürlichen Monopole" müßten beseitigt werden, wobei ihren Betrieben eine maximal zweijährige Übergangszeit – zum "Fitmachen" für den Konkurrenzkampf – zugestanden werden könne; diese "Schonzeit" könne auch Betrieben ausgewählter Wachstumsbranchen<sup>3</sup> gewährt werden. Um finanzielle Mittel für die beiden

<sup>1</sup> A. Svetlov, Aljuminiovoe čudo, in: Vek, Nr. 4/1999, S. 7.

<sup>2</sup> O. Deripaska, Diktatura konomiki, in: Kommersant, 2.6.1999, S. 1, 4.

<sup>3</sup> Deripaska denkt dabei an fünf bis acht ausgewählte Branchen, wobei das dafür erforderliche Auswahlverfahren vom Einfluß der Lobbygruppen freigehalten werden müsse.

wichtigsten Bereiche – für das Programm zur Mobilisierung der Beschäftigten sowie für die Förderung der Wachstumsbranchen – bereitstellen zu können, sollte das Budget in einen laufenden und einen investiven Teil unterteilt werden, wobei letzterem die Budgeteinnahmen kapitalen Charakters zufließen würden. Das Problem der Schuldenbegleichung müsse in Angriff genommen werden, notfalls auch durch Freigabe staatlichen Eigentums. Unverzichtbar für die Schaffung eines freien Marktes sei die Monetarisierung des Bodens. Als wichtigste Maßnahmen der ersten Etappe werden die Stärkung der Marktinfrastuktur durch staatliche Maßnahmen, die Regulierung von Vermögensrechten, die Einrichtung föderaler Depositarien sowie die Anlage von Bodenkatastern genannt.

Dabei müßten zwei Probleme gelöst werden. Zum einen sei die Idee der Liberalisierung durch die Handlungen der früheren Regierungen nachhaltig diskreditiert worden – sie seien als "liberale" Maßnahmen bezeichnet worden, faktisch habe es sich aber um "100prozentig sozialistische" Manöver gehandelt. Zum anderen gehe es um die Oligarchen und das kriminalisierte Kapital, die dem neoliberalen Modell feindselig gegenüber ständen – Vertreter dieser Gruppen hätten die Schlüsselpositionen der russischen Wirtschaft besetzt. Notfalls müsse der Präsident den Ausnahmezustand ausrufen, um die erste Etappe des Programms durchzusetzen. Die mit seinen Vorstellungen sympathisierenden Unternehmer sollten sich zu einem "Bund der Gleichgesinnten" zusammenschließen; Deripaska denkt dabei in erster Linie an die Chefs von 120 Betrieben Rußlands, die 80% des BIP produzierten. Als Verbündete kämen auch Vertreter der politisch heimatlosen "Mittelklasse" in Betracht, die weltanschaulich hinter der Idee der freien Marktwirtschaft ständen: "Gegenwärtig gibt es keine politische Struktur, gesellschaftliche Vereinigung oder Partei, die direkt die Interessen dieses Teils der Gesellschaft vertreten würde."

Nach Abschluß der ersten Etappe stehe die Ausgestaltung des neoliberalen Modells auf der Tagesordnung, bei der zehn Bereiche behandelt werden:

*Geldsystem:* Zentralbank darf Budget nicht kreditieren und das Bankensystem nicht kontrollieren, freier Devisenverkehr;

*Bankensystem:* keine Beschränkungen für ausländische Banken, Aufteilung der Banken in Investitions- und Geschäftsbanken;

*Steuer- und Zollsystem:* Verringerung der Steuern auf sechs Steuerarten, wobei nur noch die Umsatz- und die Einkommensteuer dem föderalen Budget zufließen, innerhalb von zwei Jahren deutliche Reduzierung der Steuern und Aufhebung der Lohnfondsbesteuerung, Aufhebung der Importzölle (ausgenommen Produkte der Wachstumsbranchen);

*Budget:* Herstellung eines Gleichgewichts zwischen föderalem Haushalt und den regionalen Budgets, Untersagung von Kreditgarantien des Budgets für Regionen oder Betriebe, Abschaffung der außerbudgetären Fonds, Verbot des Budgetdefizits und der Emissionsfinanzierung von Staatsausgaben;

*Budgetregionalisierung:* Zusammenfassung der Föderationssubjekte in neun territoriale Vereinigungen<sup>4</sup>, Regionalverwaltungen finanzieren aus ihren Budgets die Ordnungsorgane, richten "Fonds der territorialen Entwicklung" ein und entscheiden über die Beteiligung an der Finanzierung von Programmen in wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten;

*Soziale Sphäre:* Reform der Systeme der sozialen Sicherung, des Gesundheitswesens und der Volksbildung – für diese Bereiche sollten 5% des BIP aufgewendet werden;

*Deregulierung:* Abschaffung zahlreicher Formen staatlicher Regulierung in Verwaltungs-, Wirtschafts- und Mediensektoren, Abschaffung der "natürlichen Monopole" innerhalb von zwei Jahren unter Aufsicht des Justizministeriums, Beibehaltung verbindlicher Standards und staatlicher Kontrolle im Rüstungssektor, bei Energie- und Wasserleitungen, im Luftverkehr sowie im

<sup>4</sup> Diese regionalen Vereinigungen sind identisch mit den seit einigen Jahren bestehenden "Assoziationen für ökonomische Zusammenarbeit". Da Deripaska diesen Terminus vermeidet, ist eine von ihm beabsichtigte unterschiedliche Funktionsbestimmung der "Vereinigungen" zu vermuten.

medizinischen Bereich, bei Regulierungsbedarf der Konsumenten sollten private Zertifikationsagenturen diese Funktionen übernehmen;

*Privatisierung:* Ausschreibung von Auktionen, mindestens sechs Monate zuvor im "Kommersant" und in der "Financial Times", bei denen Ausländer nicht diskriminiert werden dürfen, nach drei Jahren dürfe nichts mehr im Staatsbesitz sein, was mit Gewinn verkauft werden kann;

*Staatliche Verwaltung:* Reduzierung der Bundesministerien auf zehn und der Anzahl der Beamten auf ein Viertel des heutigen Standes;

*Konkurrenzsyste*m: Gewährleistung einer echten Konkurrenz in allen Branchen und Regelung des Bankrotverfahrens (mit – auf maximal zwei Jahre befristeter – Ausnahme der Wachstumsbranchen).

### Der Gegenangriff von Lew Tschernoj

Einen Monat später erschien eine ausführliche Gegenposition von L. Tschernoj unter dem Titel "Ein Picknick auf den Trümmern".<sup>5</sup> Mit dem 17. August 1998 sei, so behauptet Tschernoj, das "Ideal des russischen Liberalismus" untergegangen – der "Kapitalistenstand Rußlands" sei in Panik geraten und suche seine Rettung in der Diktatur. Aus dem Programm von Deripaska, das "alle Merkmale einer klassischen Diktatur des Untergangs" aufweise, zieht Tschernoj den Schluß, daß "die verbliebenen Ratten das Schiff zum Sinken bringen" können. Seine prinzipielle – und sehr polemische (Einstufung des Programms als "Plan Brzezinski-Deripaska") – Kritik faßt er in zehn Punkten zusammen:

1. Syndrom des Ökonomozentrismus, Vernachlässigung anderer staatlicher Bereiche.
2. Vorgesehene Kompetenzerweiterung regionaler Organe führt zum Zerfall Rußlands, die angestrebten neun Großregionen würden bald "Subjekte der Konföderation" werden.
3. Anpassung des Geldsystems an die IMF-Vorstellungen führt zu einem vom Justizministerium geschützten "Internationalem Devisenrat", bei dem es sich aber letztlich um eine "koloniale Patronage über das geteilte Rußland" handele.
4. Die – entsprechend ausländischer Empfehlungen – verlangte Beseitigung der natürlichen Monopole trage zur Liquidierung des Staates bei.
5. Wer die Expansion ausländischer Banken in Rußland fördere, verkenne "ein Hauptproblem des kranken Rußland" – die notwendige Überführung der ursprünglichen Akkumulation in einen voll ausgebildeten Kapitalismus. Überaus gefährlich seien die von Deripaska gelobten Aktionen der Rechtsschutzorgane, wo "das Kapital zusammen mit der organisierten Kriminalität" vernichtet worden sei – die Folge solcher Aktionen sei eine "ideologische Hexenjagd" oder das Abwandern des Kapitals in die kriminelle Sphäre. In vielen Teilen der Welt trete der von Deripaska propagierte Neoliberalismus als vom Ausland gesteuerte "Entkriminalisierung" auf – zur Erreichung seines Ziels sei Deripaska bereit, die Souveränität Rußlands aufzugeben; es handele sich um Neokolonialismus.
6. Die vorgesehenen Budgetkürzungen und der geplante Abbau sozialer Leistungen führen zu "sozialen Selektionen" und weiteren "verheerenden Reaktionen". Da dann die Wirtschaft nicht mehr funktionieren könne, handele es sich um "Verrat an den Interessen des russischen Kapitals und der gesamten Gesellschaft". Tschernoj versteigt sich zu der Behauptung, Deripaska wolle das Direktorenkorps beseitigen und einen Kollaps der Industrie in Kauf nehmen.
7. Deripaskas Forderung nach raschem Verkauf des Bodens begünstige das Ausland, da inländische kaufkräftige Interessenten fehlten. Nach erfolgtem Bodenerwerb würden ausländische Staaten entsprechend ihren geopolitischen Interessen "aufwendige regionale Wirtschaftsprogramme" durchführen – in genauer Entsprechung zu Plänen von Brzezinski.<sup>6</sup> Auf der Tagesordnung müsse die Errichtung eines starken kapitalistischen Staates, einer

<sup>5</sup> L. Černoj, Piknik na oblomkach, in: Trud, 8.7.1999, S. 5.

wirklichen "Entwicklungsdiktatur" stehen. Landstücke und Kredite müßten an entlassene Militäranghörige und Flüchtlinge vergeben werden.

8. Die von Deripaska vorgeschlagene Reduzierung des Staatsapparates ist für Tschernoj ein Faktor der Zerstörung Rußlands – offenbar solle sich künftig, so spitzt er seine Polemik zu, das Energieministerium der USA um die Energieversorgung in Rußland kümmern.
9. Die angestrebten Budgetkürzungen würden sich fatal auf die Streitkräfte Rußlands auswirken. Das von Deripaska vorgeschlagene Verfahren zur Durchführung von Auktionen vergleicht Tschernoj mit dem "Reparationsdiktat" der Siegermächte des 1. Weltkriegs gegenüber Deutschland. Als Folge der Schwäche des Staates würde es in Rußland zu chaotischen Verhältnissen kommen, und die Nuklearwaffen würden außer Kontrolle geraten.
10. Der Umfang der von Deripaska geplanten Deregulierungen werde zu einem Chaos führen, das es bisher in keinem Land gegeben habe. Kriminelle würden bald auf ihre Weise die Wirtschaft bestimmen und mit dem IMF gemeinsame Sache machen.

Abschließend konstatiert Tschernoj, er habe Beweise für den Landesverrat Deripaskas vorgelegt. Die zum kapitalistischen Stand Rußlands gehörenden Personen müßten in drei Fragen eine klare Position beziehen:

- Fühlten sie sich als "Konföderierte" oder als "Föderale"?
- Gehörten sie zu den "Liquidatoren des Staates", oder seien sie zur Verteidigung des Bündnisses zwischen Staat und Kapital bereit?
- Müßten sie zum Lager der Kapitulanten gezählt werden, oder seien sie Anhänger des Mobilisierungskonzepts?

Ohne eine solche Polarisierung und entsprechende praktische Konsequenzen bestehe die Gefahr der Popularisierung des "Planes Brezinski-Deripaska", eine "Handlungsanweisung zur Vernichtung Rußlands".

### **Denkbare Implikationen der Programme von Deripaska und Tschernoj**

Die Publizität der beiden Programme, das "Medienduell" zwischen den beiden Protagonisten und ihr Werben um ideelle und politische Verbündete haben zur "Lagerbildung" bei den Eliten und zur Radikalisierung politischer Gruppierungen beigetragen. Beide haben dafür gesorgt, daß in zahlreichen Medien zustimmende Kommentare einflußreicher Politiker, Unternehmer und Wissenschaftler erschienen sind. Als im Januar 1999 die in München beheimatete "Internationale Akademie der Wissenschaften" ihre Jahreskonferenz in Moskau abhielt, wurde Tschernoj zum Ehrenmitglied der Akademie ernannt.<sup>7</sup> Ein Höhepunkt seiner Aktivitäten war das "Memorandum der 33" (April 1999) zur "Realisierung der vorgeschlagenen Strategie der Wende". Das davon inspirierte "Organisationskomitee" unter Vorsitz von Tschernoj präsentierte sich als strategische "Konferenz der konstruktiven staatlichen Kräfte". Ein "Gesellschaftliches Antikrisenkomitee" soll durch konkrete Aktionen landesweit zur Überwindung von Krisensituationen beitragen und seine gesellschaftliche Basis zunehmend erweitern.<sup>8</sup> In den letzten Monaten hat Tschernoj offenbar wiederholt versucht, ihm vertraute und politisch nahestehende Personen auf verantwortliche Positionen im Staatsapparat zu befördern.<sup>9</sup>

Deripaska hat bereits Erfahrung mit der finanziellen Unterstützung politischer Parteien; so hat er 1995 die LDPR und später "Jabloko" unterstützt. Ende 1998 stand er dem Gouverneur des Gebiets

<sup>6</sup> Die zu erwartenden "Makroprogramme" würden zunächst im Gebiet Kaliningrad, im Wolgagebiet, im Küstengebiet des Schwarzen und des Asowschen Meeres sowie im Fernen Osten Rußlands gestartet, danach aber immer weiter nach Zentralrußland ausgeweitet werden.

<sup>7</sup> Kapitalizm po sisteme Pavlova, in: Obščaja gazeta, Nr. 3/1999, S. 13.

<sup>8</sup> Memorandum tridcati trech o realizacii predloženoj strategii povorota, in: www.transworldmet.com vom 14.4.1999.

<sup>9</sup> Interview mit L. Černoj, in: Trud, 24.6.1999 (www.transworldmet.com).

Samara K. Titov zur Seite, als dieser die Gouverneursgruppe "Golos Rossii" gründete – gleichzeitig unterstützte er die konkurrierende Gruppe "Wsja Rossija".<sup>10</sup> Grundsätzlich wolle er alle "liberalen Kandidaten" un-

---

<sup>10</sup> E. Krasnikov, Ferrosplavy proizveli – a prodali?, in: Moskovskie novosti, Nr. 21/1998 (Kurzfassung in: <http://eurasia.org>); Interview mit K. Titov, in: Moskovskie novosti, Nr. 29/1999.

terstützen, erklärte er in einem Mitte 1999 von der Neuen Zürcher Zeitung veröffentlichten Interview.<sup>11</sup> Mit dem Auseinanderbrechen der Gruppe "Golos Rossii" (August 1999) haben sich die ohnehin schlechten Chancen der bei einem Treffen in Salzburg vereinbarten "liberalen Koalition" weiter verschlechtert.<sup>12</sup> Das Ausland wird sich wohl darauf einstellen müssen, daß der Kurs Rußlands in den nächsten Jahren eher von den Vorstellungen eines L. Tschernoj bestimmt sein wird.

Bernd Knabe

---

<sup>11</sup> NZZ, 12.7.1999, S. 6. (Der Korrespondent der Zeitung, der das Interview mit Deripaska in Samara geführt hat, hat seinen Artikel mit der Überschrift "Zuversicht in der russischen Aluminiumbranche" versehen.)

<sup>12</sup> E. Tokareva, U Titova propal "golos", in: Obščaja gazeta, Nr. 33/199, S. 7.